



Landesgesetzblatt

Jahrgang 2013

Ausgegeben und versendet am 18. März 2013

13. Stück

31. Gesetz vom 22. Jänner 2013, mit dem das Steiermärkische Sozialbetreuungsberufegesetz geändert wird.
[XVI. GPSiLT IA EZ 1671/1 AB EZ 1671/2]
32. Gesetz vom 22. Jänner 2013 über die Förderung der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark (Steiermärkisches Landwirtschaftsförderungsgesetz – StLWFöG).
[XVI. GPSiLT RV EZ 1580/1 AB EZ 1580/4]
33. Gesetz vom 22. Jänner 2013, mit dem das Landwirtschaftskammergesetz geändert wird (9. Landwirtschaftskammergesetz-Novelle).
[XVI. GPSiLT IA EZ 1648/1 AB EZ 1648/2]
34. Gesetz vom 22. Jänner 2013, mit dem das Steiermärkische Buschenschankgesetz 1979 geändert wird.
[XVI. GPSiLT RV EZ 1646/1 AB EZ 1646/3]
35. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. Februar 2013, mit der die Stadtgemeinde Trofaiach in eine neue Ortsklasse eingestuft wird.
36. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. Februar 2013, mit der die Gemeinde Buch-St. Magdalena in eine neue Ortsklasse eingestuft wird.
37. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. Februar 2013, mit der die Verordnung über die Bekämpfung der Amerikanischen Rebzikade und der Goldgelben Vergilbung der Rebe geändert wird.
38. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 7. März 2013 über die Festsetzung des Euro-Wertes je LKF-Punkt sowie der Pflegegebühren der Allgemeinen Gebührenklasse für Fondskrankenanstalten ausgenommen Landeskrankenanstalten.

31.

Gesetz vom 22. Jänner 2013, mit dem das Steiermärkische Sozialbetreuungsberufegesetz geändert wird

Der Landtag Steiermark hat beschlossen:

Das Steiermärkische Sozialbetreuungsberufegesetz, LGBl. Nr. 4/2008, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 2/2010, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 15 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die Landesregierung hat durch Verordnung nähere Bestimmungen für Ausgleichsmaßnahmen nach § 5 des Gesetzes über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (StGAB), LGBl. Nr. 77/2008 in der jeweils geltenden Fassung, insbesondere im Hinblick auf die Durchführung und Bewertung von Anpassungslehrgängen und Eignungsprüfungen zu treffen.“

2. § 21 Abs. 1 lautet:

„(1) Personen, die am 18. Jänner 2008 nach den Bestimmungen des Alten-, Familien- und Heimhilfegesetzes (AFHG, LGBL Nr. 6/1996, in der Fassung LGBL Nr. 16/2006) zur Ausübung eines Betreuungsberufes und zur Führung einer Berufsbezeichnung berechtigt sind oder vergleichbare Ausbildungen nach dem Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 75/2001, absolviert haben, haben bis spätestens 31. Dezember 2014 die im Folgenden geregelten Aufschulungen erfolgreich abzuschließen. Die Führung der Berufsbezeichnungen ‚Diplom-SozialbetreuerIn‘, ‚Fach-SozialbetreuerIn‘ und ‚HeimhelferIn‘ ist erst nach erfolgreicher Aufschulung zulässig.“

3. Der Text des bisherigen § 22a erhält die Absatzbezeichnung „(1)“. Dem Abs. 1 wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) Die Änderung § 21 Abs. 1 sowie die Einfügung des § 15 Abs. 3 durch die Novelle LGBL Nr. 31/2013 treten mit 1. Jänner 2013 in Kraft.“

Landeshauptmann
Voves

Landesrätin
Edlinger-Ploder

32.

Gesetz vom 22. Jänner 2013 über die Förderung der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark (Steiermärkisches Landwirtschaftsförderungsgesetz – StLWFöG)

Der Landtag Steiermark hat beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Ziel des Gesetzes
- § 2 Ziele der Förderungsmaßnahmen
- § 3 Allgemeine Förderungsgrundsätze
- § 4 Förderungsformen
- § 5 FörderungsnehmerInnen

2. Abschnitt

Förderungsbereiche

- § 6 Infrastrukturelle Einrichtungen
- § 7 Agrarstruktur

- § 8 Betriebliche Maßnahmen
- § 9 Überbetriebliche Zusammenarbeit
- § 10 Soziale Maßnahmen
- § 11 Absatzförderung, Verarbeitung und Vermarktung
- § 12 Beratung
- § 13 Berufsaus- und -fortbildung
- § 14 Landwirtschaftliches Versuchswesen sowie Forschung und Entwicklung
- § 15 Pflege der Kultur- und Erholungslandschaft und Erhaltung der Siedlungsdichte im ländlichen Raum

3. Abschnitt

Grundsätze, Schlussbestimmungen

- § 16 Land- und forstwirtschaftliche Kennzahlen
- § 17 Grundsätze für die Gewährung von Förderungen
- § 18 Eigener und übertragener Wirkungsbereich
- § 19 Verweise
- § 20 Inkrafttreten
- § 21 Außerkrafttreten

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Ziel des Gesetzes

Ziel des Gesetzes ist es, unter Bedachtnahme auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sowie das Landwirtschaftsgesetz des Bundes durch Förderungsmaßnahmen den Bestand und eine zeitgemäße Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark, insbesondere der Vollerwerbsbetriebe sowie der Zu- und Nebenerwerbsbetriebe zum Wohle der Allgemeinheit zu sichern und auszubauen. Das Land Steiermark als Träger von Privatrechten verpflichtet sich zur Verfolgung dieser Ziele.

§ 2

Ziele der Förderungsmaßnahmen

Ziele der Förderungsmaßnahmen sind insbesondere

1. der Bestand einer wirtschaftlich gesunden, ökologisch verträglichen, regional ausgewogenen, leistungsfähigen bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft,
2. die Erhaltung und Verbesserung sowie nachhaltige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen unter Berücksichtigung der Berggebiete und sonstiger benachteiligter Gebiete,
3. die Erhaltung, Pflege und Gestaltung der Kultur- und Erholungslandschaft,
4. der Ausbau der Erwerbskombinationen zwischen Land- und Forstwirtschaft und anderen Wirtschaftsbereichen im Sinne einer nachhaltigen, ökologischen und multifunktionalen Bewirtschaftung, und die langfristige Sicherstellung aller Wirkungen und Leistungen des Waldes,
5. die Marktorientierung der agrarischen Produktion sowie der Ausbau des Marketings,
6. die Erhaltung und der Ausbau des biologischen Landbaus,
7. die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft,
8. das Ermöglichen der Teilnahme aller in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen am sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand sowie an Bildung und Kultur,
9. die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln aus regionaler Produktion unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse,

10. die Aufrechterhaltung der Siedlungsdichte im ländlichen Raum durch Bereitstellung ausreichender Infrastruktur und
11. die bedarfsgerechte Bereitstellung von nachwachsenden Rohstoffen und Energieträgern aus der Land- und Forstwirtschaft.

§ 3

Allgemeine Förderungsgrundsätze

(1) Das Land hat nach Maßgabe der vorhandenen Mittel Förderungen zu gewähren, wenn die Förderungsvoraussetzungen gemäß § 17 erfüllt sind.

(2) Soweit dies zur Durchführung von Förderungsmaßnahmen aufgrund notwendiger Festlegung von Förderungsvoraussetzungen für die Vergabe von Förderungen erforderlich ist, hat die Landesregierung Richtlinien zu erlassen oder agrarische Programme zu erstellen, welche den Förderungsmaßnahmen des 2. Abschnittes zugrunde gelegt werden. Mit diesen Richtlinien sind insbesondere die fachlichen Kriterien für die Vergabe von Förderungen festzulegen.

(3) Förderungsmaßnahmen sind darauf auszurichten, dass die Selbstständigkeit und Eigeninitiative der Betriebsinhaber/-innen und Bewirtschafter/-innen von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben verstärkt wird.

§ 4

Förderungsformen

(1) Förderungen nach diesem Gesetz können gewährt werden in Form von Geldleistungen, Dienst- und Sachleistungen.

(2) Förderungen, die mit Förderungen anderer Rechtsträger (Bund oder Europäische Union) verbunden sind, werden gemeinsam finanziert und vorrangig angestrebt.

§ 5

FörderungsnehmerInnen

Gefördert werden können auf Antrag:

- a) in der Land- und Forstwirtschaft tätige Personen,
- b) Zusammenschlüsse von Personen nach lit.a,
- c) Personengemeinschaften in den Angelegenheiten der Bodenreform und
- d) Einrichtungen (z. B. juristische Personen, OHG, KG), die der wirtschaftlichen Besserstellung sowie der ökologischen Verbesserung der Land- und Forstwirtschaft dienen.

2. Abschnitt

Förderungsbereiche

§ 6

Infrastrukturelle Einrichtungen

Zur ausreichenden Ausstattung des ländlichen Raumes mit Einrichtungen der Infrastruktur werden insbesondere gefördert:

1. die Errichtung und Erhaltung von Wegen,
2. der Ausbau der Energieversorgung unter besonderer Berücksichtigung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen und effizienter Energiesysteme,
3. Bewässerungsanlagen, Sicherung der Wasserversorgung und der erforderlichen Abwasserbeseitigung.

§ 7

Agrarstruktur

Die Agrarstruktur ist vor allem durch die Förderung folgender Maßnahmen zu verbessern:

1. Grundzusammenlegungen unter Berücksichtigung ökologischer Grundsätze,
2. Bodenschutzmaßnahmen, wie insbesondere erosionsmindernde Bewirtschaftungsformen, Rutschhangsicherung sowie Anlage von Gründecken auf Ackerland,
3. Pflege, Erhaltung und Rückbau bestehender wasserbaulicher Anlagen,
4. umweltschonende Anlage und Erhaltung von Wirtschaftswegen und Bringungsanlagen (innere Verkehrslage).

§ 8

Betriebliche Maßnahmen

Zur Erhaltung, Weiterentwicklung und Umstellung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe kommen für die Förderung insbesondere in Betracht:

1. Neu-, Zu- und Umbauten von Stall- und Wirtschaftsgebäuden,
2. Mechanisierung sowie technische Einrichtung und Ausstattung der Gebäude mit dem besonderen Ziel, die Arbeits- und Umweltverhältnisse zu verbessern. Dabei ist auf die Wirtschaftlichkeit der Investition Bedacht zu nehmen,
3. pflanzliche, tierische und forstliche Produktion einschließlich der Spezial-, Sonder- und Alternativkulturen, sowie die Maßnahmen zur Pflege der Tiergesundheit und des biologischen und integrierten Pflanzenschutzes,
4. Senkung der betrieblichen Kosten durch Zuschüsse, insbesondere zur Verringerung der Kosten der Hagelversicherungsprämie und der Leistungsprüfungen in der Tierhaltung,
5. Ausbau und Verbesserung land- und forstwirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten und Erwerbskombinationen sowie die Erstellung von Betriebsverbesserungskonzepten,
6. Ausbau der Erzeugung und Verwertung von heimischen Rohstoffen (einschließlich Energie) und Betriebsmitteln,
7. Unterstützung von Innovationen.

§ 9

Überbetriebliche Zusammenarbeit

(1) Als Maßnahmen der überbetrieblichen Zusammenarbeit kommen für die Förderung insbesondere in Betracht:

1. die Errichtung und Führung von Gemeinschaften zur Erzeugung, Be- und Verarbeitung sowie Vermarktung land- und forstwirtschaftlicher Produkte, Betriebsmittel, Rohstoffe sowie Energie,
2. die Schaffung und Führung von Maschinen- und Betriebshilferingen, wobei bei einer speziellen Förderung des Einsatzes von Bergbauernmaschinen diese Förderung auf den Einsatz abzustimmen ist,
3. die Schaffung und Führung von Gemeinschaften zur Erzeugung von Energie aus nachwachsenden Rohstoffen,
4. die Errichtung und Führung von Arbeitsgemeinschaften insbesondere
 - a) für Bergbauernbetriebe und Betriebe in benachteiligten Gebieten,
 - b) zum Auf- und Ausbau zukunftssträchtiger land- und forstwirtschaftlicher Erwerbschancen und Produktionsalternativen,
 - c) zur Direktvermarktung und für den biologischen bzw. ökologischen Landbau,
 - d) zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft sowie des Waldes,
 - e) zur Sicherung der Versorgung mit hochwertigen Rohstoffen.

(2) Die auf Bundes- und Landesebene zu Verbänden zusammengeschlossenen Ringe und Gemeinschaften können gefördert werden, wenn sie Gewähr für die Durchführung der Förderungsziele bieten und jährlich einen Tätigkeitsbericht, einen Verwendungsnachweis und auf Verlangen einen Rechnungsabschluss vorlegen.

§ 10

Soziale Maßnahmen

Als Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen kommen insbesondere in Betracht:

1. die Ausbildung und der Einsatz von Betriebs-, Familien- sowie Haushaltshelferinnen und -helfern,
2. die Gewährung von Notstandsentschädigungen,
3. die Gewährung von Schulbeihilfen und Stipendien,
4. die Förderung von Hofübernehmerinnen und -übernehmern,
5. die Gewährung von Beihilfen und Darlehen für Hausstandsgründungen sowie die Schaffung und Ausstattung von Wohnraum,
6. die Berufsaus- und -fortbildung für unselbstständige Berufsangehörige,
7. die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen für unselbstständige Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft.

§ 11

Absatzförderung, Verarbeitung und Vermarktung

Als Förderungsmaßnahmen zur Sicherung der bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und Rohstoffen aus möglichst umweltgerechter Produktion sowie zur Sicherung des Absatzes land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse kommen insbesondere in Betracht:

1. Beiträge zu Marketing und Marktberichterstattung für land- und forstwirtschaftliche Produkte,
2. Beiträge zu Absatz, Verwertung, Vermarktung und Lagerhaltung land- und forstwirtschaftlicher Produkte und Betriebsmittel,
3. Beiträge zum Risikomanagement und zur Stärkung der Erzeuger in der Wertschöpfungskette.

§ 12

Beratung

(1) Die Beratung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und aller in der Land- und Forstwirtschaft unselbstständig tätigen Personen ist im Sinne des Landwirtschaftskammergesetzes 1970, LGBL Nr. 14/1970, bzw. des Steiermärkischen Landarbeiterkammergesetzes 1991, LGBL Nr. 56/1991 weitestmöglich unentgeltlich zu gewähren. Diese hat insbesondere wirtschaftliche, ökologische, hauswirtschaftliche, produktionstechnische, soziale, berufliche und kulturelle Belange zu umfassen.

(2) Bei der Berechnung der Beratungsleistung sind Beratungsfinanzierungen Dritter (z.B. EU, Bund, AMA) zu berücksichtigen.

§ 13

Berufsaus- und -fortbildung

(1) Die Berufsaus- und -fortbildung ist im Landwirtschaftskammergesetz 1970, im Steiermärkischen Landarbeiterkammergesetz 1991 sowie im Steiermärkischen land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetz 1991 geregelt. Darüber hinaus können auch zertifizierte Einrichtungen, welche entsprechende Lehrgänge für die berufliche Aus- und Fortbildung anbieten, berücksichtigt werden.

(2) Als FörderungsempfängerInnen sind auch Personen anzusehen, die ein Bildungsangebot mittels Bildungsscheck in Anspruch nehmen.

(3) Bei internatsmäßig geführten Kursen kann zur Deckung der Kosten für Unterkunft und Verpflegung ein Betrag bis zur Höhe dieser Kosten gefördert werden.

§ 14

Landwirtschaftliches Versuchswesen sowie Forschung und Entwicklung

(1) Das landwirtschaftliche Versuchswesen sowie Forschung und Entwicklung sind Grundlagen zur Erreichung von Zielen der Förderungsmaßnahmen. Als Maßnahmen zur Bereitstellung dieser Grundlagen kommen die Durchführung sowie die Finanzierung dieses Förderungsbereiches in Betracht.

(2) Bei der Durchführung und Finanzierung des landwirtschaftlichen Versuchswesens sowie von Forschung und Entwicklung ist auch die Anpassung der Land- und Forstwirtschaft an die Veränderung des Klimas zu berücksichtigen.

(3) Die zu fördernden Projekte sind mit anderen Projekt- und Rechtsträgern abzustimmen und werden je nach Bedeutung für die steirische Land- und Forstwirtschaft mitfinanziert.

§ 15

Pflege der Kultur- und Erholungslandschaft und Erhaltung der Siedlungsdichte im ländlichen Raum

(1) Nach Maßgabe der vorhandenen finanziellen Mittel werden für die Pflege der Kultur- und Erholungslandschaft, die Erhaltung der Siedlungsdichte im ländlichen Raum, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Anwendung ökologischer Produktionsverfahren Abgeltungen in Form von Direktzuschüssen geleistet.

(2) In Gebieten mit besonderen naturbedingten Schwierigkeiten (z.B. Höhenlage, Hanglage, Klima, Ertragsfähigkeit des Bodens) können Ausgleichszahlungen zum Ausgleich der Wirtschafterschwernisse in Form von Direktzuschüssen nach Maßgabe der vorhandenen finanziellen Mittel gewährt werden.

(3) Nach Maßgabe der finanziellen Mittel können ferner z.B. gewährt werden:

- a) Prämien zur Haltung von Tieren, insbesondere seltener heimischer Nutztierassen und zur Erhaltung seltener heimischer Kulturpflanzen, jeweils unter Einhaltung ökologischer Auflagen,
- b) Beiträge zur Erleichterung der Almbewirtschaftung und Sicherung des Almbesatzes,
- c) Zuschüsse für die Aufforstung von Hochlagen, für die Schutzwaldsanierung, für die Vorbeugung vor Naturkatastrophen, für die Schadensbeseitigung und die Rekultivierung nach Naturkatastrophen zur Sicherung der Kulturlandschaft,
- d) Zuschüsse für die Erhaltung und Schaffung von Rainen, Hecken, Streuobstflächen, Biotopverbünden und sonstigen hochwertigen Biotopen,
- e) Abgeltungen für den Mehraufwand durch umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren,
- f) Zahlungen an biologisch oder extensiv wirtschaftende Betriebe oder an Betriebe, die eine solche Bewirtschaftung anstreben,
- g) Prämien für den Verzicht auf bestimmte Pflanzenschutzmittel.

3. Abschnitt

Grundsätze, Schlussbestimmungen

§ 16

Land- und forstwirtschaftliche Kennzahlen

(1) Die für Angelegenheiten der Land- und Forstwirtschaft zuständige Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung hat die Öffentlichkeit im Wege des Internets unter folgender Adresse über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark zu informieren: www.agrar.steiermark.at „Land- und forstwirtschaftliche Kennzahlen“.

(2) Diese Information erfolgt durch jährliche Aktualisierung folgender Kennzahlen:

- 1. Faktor-Einkommen Land- und Forstwirtschaft,
- 2. Förderung Land- und Forstwirtschaft,
- 3. Agrarstruktur Steiermark (Betriebs- und Flächengliederung, Erwerbsarten etc.),
- 4. land- und forstwirtschaftliche Gesamtrechnungs-Daten.

§ 17

Grundsätze für die Gewährung von Förderungen

(1) Bei der Gewährung von Förderungen nach diesem Gesetz ist zu beachten:

- a) die persönliche Voraussetzung für die Gewährung von Förderungen, wie z.B. Nachweis einer Fachschul-
ausbildung oder sonstigen fachlichen Eignung, soziale Umstände, Einkommensverhältnisse,
- b) die sachlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Förderungen, wie z.B. Katasterkennwert, Höhen-
lage, geographische Lage,
- c) sparsamer, zweckmäßiger Einsatz von Förderungsmitteln mit größtmöglichem Erfolg,
- d) Sicherstellung der widmungsgemäßen Verwendung der Förderungsmittel.

(2) Soweit die in § 18 Abs. 1 genannten Kammern Förderungsmaßnahmen durchführen, haben sie ent-
sprechend den Förderungsgrundsätzen des § 3 für einzelne Förderungsaktionen Durchführungsbestimmungen
zu erlassen.

(3) In erster Linie sollten Möglichkeiten zur Ausnützung von Förderungsmitteln anderer Rechtsträger aus-
geschöpft werden, welche durch Kofinanzierungen in EU- oder Bundesregelungen vorgesehen sind.

§ 18

Eigener und übertragener Wirkungsbereich

(1) Die Landesregierung ist mit der Durchführung der Förderungsmaßnahmen nach diesem Gesetz betraut.
Die Landwirtschaftskammer Steiermark und die Steiermärkische Kammer für Arbeitnehmer in der Land- und
Forstwirtschaft sind verpflichtet, im eigenen Wirkungsbereich für kammerzugehörige Personen eine fachge-
rechte Beratung nach diesem Gesetz zu gewährleisten.

(2) Die Landesregierung ist ermächtigt, durch Verordnung die Landwirtschaftskammer Steiermark und
die Steiermärkische Kammer für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft mit der Durchführung von
Förderungsmaßnahmen nach diesem Gesetz im übertragenen Wirkungsbereich zu betrauen, wenn es im
Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit und Sparsamkeit gelegen ist. Die Organe der Landwirtschaf-
tskammer Steiermark und der Steiermärkischen Kammer für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft sind
bei der Besorgung dieser Aufgaben an die Weisungen der Landesregierung gebunden.

(3) Das Land hat den in Abs. 2 genannten Kammern jenen Teil des Personal- Sach- und Investitions-
aufwandes zu ersetzen, der sich aus der Besorgung der vom Land übertragenen Aufgaben inklusive des
Beratungsaufwandes ergibt. Die Kammern haben hierzu der Landesregierung rechtzeitig vor Beschlussfassung
durch die Landesregierung den notwendigen Aufwand zu begründen.

§ 19

Verweise

Verweise in diesem Gesetz auf andere Landesgesetze sind als Verweise auf die jeweils gültige Fassung zu
verstehen.

§ 20

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag, das ist der 19. März 2013, in Kraft.

(2) Verordnungen auf Grund dieses Gesetzes können ab dem der Kundmachung folgenden Tag erlassen
werden; sie dürfen jedoch frühestens mit dem in Abs. 1 genannten Zeitpunkt in Kraft gesetzt werden.

§ 21

Außerkräfttreten

Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt das Steiermärkische Landwirtschaftsförderungsgesetz LGBL.
Nr. 9/1994 in der Fassung LGBL. Nr. 44/2012 außer Kraft.

Landeshauptmann
Voves

Landesrat
Seitinger

33.**Gesetz vom 22. Jänner 2013, mit dem das Landwirtschaftskammergesetz geändert wird (9. Landwirtschaftskammergesetz-Novelle)**

Der Landtag Steiermark hat beschlossen:

Das Landwirtschaftskammergesetz, LGBL Nr. 14/1970, zuletzt in der Fassung LGBL Nr. 102/2011, wird wie folgt geändert:

1. § 26 Abs. 1 lautet:

„(1) Für die Wahl der 39 nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählenden Mitglieder der Landeskammer (Landeskammerräte) wird das Land in 4 Wahlkreise eingeteilt und die Zahl der auf die einzelnen Wahlkreise entfallenden Mandate wie folgt festgelegt:

1. Wahlkreis 1, umfassend die Stadt Graz und den politischen Bezirk Graz-Umgebung mit dem Sitz beim Magistrat Graz, fünf Mandate;
2. Wahlkreis 2, umfassend die politischen Bezirke Deutschlandsberg, Leibnitz und Voitsberg mit dem Sitz Leibnitz, neun Mandate;
3. Wahlkreis 3, umfassend die politischen Bezirke Südoststeiermark, Hartberg-Fürstenfeld und Weiz mit dem Sitz Feldbach, dreizehn Mandate;
4. Wahlkreis 4, umfassend die politischen Bezirke Bruck-Mürzzuschlag, Leoben, Liezen, Murau und Murtal mit dem Sitz Leoben, zwölf Mandate.“

2. Dem § 46 wird folgender Abs. 10 angefügt:

„(10) Die Änderung des § 26 Abs. 1 durch die Novelle LGBL Nr. 33/2013 tritt mit 1. Jänner 2013 in Kraft.“

Landeshauptmann
Voves

Landesrat
Seitinger

34.**Gesetz vom 22. Jänner 2013, mit dem das Steiermärkische Buschenschankgesetz 1979 geändert wird**

Der Landtag Steiermark hat beschlossen:

Das Steiermärkische Buschenschankgesetz 1979, LGBL Nr. 42/1979, zuletzt in der Fassung LGBL Nr. 11/2003, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 1 Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Der Buschenschank darf nicht in Betriebsräumen (auf Betriebsflächen) ausgeübt werden, die anderen als landwirtschaftlichen Erwerbszwecken dienen und in ihrem äußeren Erscheinungsbild einen gewerblichen Betrieb, insbesondere einen gastgewerblichen, annehmen lassen. Die gleichzeitige Ausübung des Buschenschanks und des Gewerbes gemäß § 111 Abs. 2 Z 5 der Gewerbeordnung 1994 – GewO 1994, BGBl. Nr. 194, zuletzt geändert durch das BGBl. I Nr. 42/2008 in denselben Betriebsräumen (auf denselben Betriebsflächen) ist jedoch von diesem Verbot ausgenommen.“

2. § 4 Abs. 3 lautet:

„(3) In einer Buschenschank sind organisierte Tanz- und Musikveranstaltungen verboten, ausgenommen Veranstaltungen zur Brauchtumpflege und kulturübergreifende musikalische Veranstaltungen. Der Betrieb von Glücksspielen und der entgeltliche Betrieb von Automaten sind verboten.“

3. Dem § 9 Abs. 4 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Die Einfügung des § 1 Abs. 1a und die Änderung des § 4 Abs. 3 durch die Novelle LGBL Nr. 34/2013 tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag, das ist der 19. März 2013, in Kraft.“

Landeshauptmann
Voves

Landesrat
Seitinger

35.

Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. Februar 2013, mit der die Stadtgemeinde Trofaiach in eine neue Ortsklasse eingestuft wird

Auf Grund der §§ 2 und 3 des Steiermärkischen Tourismusgesetzes 1992, LGBL Nr. 55/1992, zuletzt in der Fassung LGBL Nr. 11/2012, wird verordnet:

§ 1

Die „Stadtgemeinde Trofaiach“ wird in die Ortsklasse C eingestuft.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 19. März 2013, in Kraft.

Für die Steiermärkische Landesregierung:
Landeshauptmann Voves

36.**Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. Februar 2013, mit der die Gemeinde Buch-St. Magdalena in eine neue Ortsklasse eingestuft wird**

Auf Grund der §§ 2 und 3 des Steiermärkischen Tourismusgesetzes 1992, LGBL Nr. 55/1992, zuletzt in der Fassung LGBL Nr. 11/2012, wird verordnet:

§ 1

Die „**Gemeinde Buch-St. Magdalena**“ wird in die Ortsklasse C eingestuft.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 19. März 2013, in Kraft.

Für die Steiermärkische Landesregierung:
Landeshauptmann Voves

37.**Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. Februar 2013, mit der die Verordnung über die Bekämpfung der Amerikanischen Rebzikade und der Goldgelben Vergilbung der Rebe geändert wird**

Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Steiermärkischen Pflanzenschutzgesetzes, LGBL Nr. 82/2002, zuletzt in der Fassung LGBL Nr. 5/2007, wird verordnet:

Die Verordnung über die Bekämpfung der Amerikanischen Rebzikade und der Goldgelben Vergilbung der Rebe, LGBL Nr. 35/2010, zuletzt in der Fassung LGBL Nr. 31/2012, wird wie folgt geändert:

1. § 4 Abs. 2 lautet:

„(2) Das Verbreitungsgebiet der ARZ umfasst folgende Gemeinden:

Bezirk Deutschlandsberg: die Gemeinden Pöfing-Brunn und Sulmeck-Greith.

Bezirk Hartberg-Fürstenfeld: die Gemeinden Söchau, Stein und Übersbach.

Bezirk Leibnitz: die Gemeinden Arnfels, Berghausen, Ehrenhausen, Eichberg-Trautenburg, Gamlitz, Glanz, Gleinstätten, Großklein, Heimschuh, Kaindorf an der Sulm, Kitzeck, Leibnitz, Leutschach, Oberhaag, Pisdorf, Ratsch, Retznei, St. Andrä-Hösch, St. Johann im Saggautal, St. Nikolai im Sausal, Schloßberg, Seggauberg, Spielfeld, Sulztal, Tillmitsch und Wagna.

Bezirk Südoststeiermark: die Gemeinden Aug-Radisch, Bad Gleichenberg, Bad Radkersburg, Bairisch Kölldorf, Bierbaum am Auersbach, Deutsch Goritz, Dietersdorf am Gnasbach, Eichfeld, Fehring, Feldbach, Frutten-Gießelsdorf, Gnas, Gosdorf, Gossendorf, Grabersdorf, Halbenrain, Hatzendorf, Hof bei Straden, Hohenbrugg-Weinberg, Jagerberg, Johnsdorf-Brunn, Kapfenstein, Klösch, Kornberg bei Riegersburg, Krusdorf, Leitersdorf im Raabtal, Lödersdorf, Maierdorf, Merkendorf, Mettersdorf am Saßbach, Mühlendorf bei Feldbach, Mureck, Murfeld, Pertlstein, Poppendorf, Raabau, Radkersburg Umgebung, Raning, Ratschendorf, Sankt Peter am Ottersbach, St. Anna am Aigen, Stainz bei Straden, Straden, Tieschen, Trautmannsdorf in Oststmk., Trössing, Unterauersbach, Unterlamm und Weinburg am Saßbach.“

2. § 8 Abs. 8 lautet:

(8) Die Pläne werden durch Auflage zur öffentlichen Einsichtnahme kundgemacht. Einsicht kann während der Amtsstunden genommen werden:

1. beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung bei den für die rechtlichen und fachlichen Angelegenheiten des Pflanzenschutzes zuständigen Stellen;
2. zusätzlich bei der Bezirkshauptmannschaft Südoststeiermark Standort Feldbach und Standort Radkersburg sowie bei den Gemeindeämtern der Gemeinden Bad Gleichenberg, Bad Radkersburg, Bairisch Kölldorf, Frutten-Gießelsdorf, Gossendorf, Halbenrain, Hof, Kapfenstein, Klösch, Krusdorf, Merkendorf, Poppendorf, Radkersburg Umgebung, St. Anna am Aigen, Stainz bei Straden, Straden, Tieschen und Trautmannsdorf die planlichen Darstellungen der Befalls- und Sicherheitszone Tieschen (Anlagen A und B), der Befalls- und Sicherheitszone Bairisch Kölldorf (Anlagen E und F) und der Befalls- und Sicherheitszone Stainz bei Straden (Anlagen G und H);
3. zusätzlich bei der Bezirkshauptmannschaft Leibnitz und den Gemeindeämtern der Gemeinden Eichberg-Trautenburg, Gamlitz, Glanz, Leutschach, Ratsch, Schloßberg sowie Sulztal in die planlichen Darstellungen der Befalls- und Sicherheitszone Glanz (Anlagen C und D).“

3. § 12a lautet:

„§ 12a

Inkrafttreten von Novellen

(1) Die Änderung des § 4 Abs. 2, des § 7 Abs. 2, des § 8, der Überschriften der §§ 9 und 11, des § 9 Abs. 3 letzter Satz und die Einfügung der Anlagen A, B, C und D durch die Novelle LGBL Nr. 39/2011 treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 12. Mai 2011, in Kraft

(2) Die Änderung des § 4 Abs. 2 und des § 8 und die Einfügung der Anlagen E, F, G und H durch die Novelle, LGBL Nr. 31/2012, treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 31. März 2012, in Kraft.“

(3) Die Änderung des § 4 Abs. 2 und des § 8 Abs. 8 durch die Novelle, LGBL Nr. 37/2013, treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 19. März 2013, in Kraft.“

Für die Steiermärkische Landesregierung:
Landeshauptmann Voves

38.**Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 7. März 2013 über die Festsetzung des Euro-Wertes je LKF-Punkt sowie der Pflegegebühren der Allgemeinen Gebührenklasse für Fonds-krankenanstalten ausgenommen Landeskrankenanstalten**

Auf Grund des § 79 des Steiermärkischen Krankenanstaltengesetzes 2012, LGBL. Nr. 111/2012, wird verordnet:

§ 1**Euro-Wert pro LKF-Punkt**

Der für die LKF-Gebühren zur Verrechnung gelangende Euro-Wert je LKF-Punkt wird ab dem Jahr 2013 für Fondskrankenanstalten ausgenommen die Landeskrankenanstalten wie folgt festgesetzt:

1) AMEOS Klinik Bad Aussee	€	1,00
2) Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, Graz – Eggenberg	€	1,30
2a) Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, Graz – Marschallgasse	€	1,10
3) Krankenhaus der Elisabethinen GmbH	€	1,10
4) Neurologisches Therapiezentrum Kapfenberg	€	0,90
5) Diakonissen-Krankenhaus Schladming	€	1,50
6) Marienkrankenhaus Vorau GmbH	€	1,10
7) Geriatrische Gesundheitszentren		
a) Akutgeriatrie (AG/R)	€	1,00
b) AG/R Tagesklinik	€	1,10

§ 2**Kostendeckend ermittelte Euro-Werte**

Die Höhe der im § 1 festgesetzten Euro-Werte ist gleich mit der Höhe der kostendeckend ermittelten Euro-Werte.

§ 3**Amtliche Pflegegebühren**

Auf der Grundlage der für das Jahr 2013 kostendeckend ermittelten Pflegegebühren der Allgemeinen Gebührenklasse werden diese ab 1. Jänner 2013 pro Pflage-tag für Fondskrankenanstalten ausgenommen die Landeskrankenanstalten wie folgt festgesetzt:

1) AMEOS Klinik Bad Aussee	€	229,20
2) Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, Graz – Eggenberg	€	286,50
2a) Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, Graz – Marschallgasse	€	487,00
2b) Therapiestation für Drogenkranke „Walkabout“	€	427,50
3) Krankenhaus der Elisabethinen GmbH	€	510,10
4) Neurologisches Therapiezentrum Kapfenberg	€	305,80
5) Diakonissen-Krankenhaus Schladming	€	566,70
6) Marienkrankenhaus Vorau GmbH	€	411,80
7) Geriatrische Gesundheitszentren		
a) Akutgeriatrie (AG/R)	€	289,70
b) AG/R Tagesklinik	€	257,60
c) Apallic Care Unit – ACU I Akutnachsorge (Wachkoma I)	€	300,70
d) Apallic Care Unit – ACU II Langzeitförderung (Wachkoma II)	€	179,60
e) Hospiz	€	328,60
f) Tageshospiz	€	188,50
g) Memory Klinik/Demenzstation	€	195,50
h) Medizinische Geriatrie (Allgemeingeriatrie)	€	161,00

§ 4**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2013 in Kraft.

§ 5**Außerkrafttreten**

Mit Inkrafttreten dieser Verordnung treten die Verordnung über die Festsetzung des Euro-Wertes je LKF-Punkt für Fondskrankenanstalten für das Jahr 2010, LGBL. Nr. 109/2009, sowie die Verordnung über die Pflegegebühren der Allgemeinen Gebührenklasse für die Fonds- und andere Krankenanstalten sowie Zuschläge dazu in der Sonderklasse der Landeskrankenanstalten, LGBL. Nr. 6/2012, außer Kraft.

Für die Steiermärkische Landesregierung:
Landeshauptmann V o v e s

Allgemeine Verkaufsbedingungen für das Jahr 2013

Der **Bezugspreis** für das Jahresabonnement des Landesgesetzblattes für das Land Steiermark beträgt infolge der gesetzlichen Erhöhungen beim Zeitungsversand vorbehaltlich unvorhersehbarer Steigerungen bei den Herstellungskosten:

bis zu einem Jahresumfang	im Inland ¹	im Ausland ¹
von 400 Seiten	€ 75,-	€ 115,-

¹ Preise inkl. Versandkosten

Wird dieser Umfang überschritten, erfolgt für den Mehrumfang eine aliquote Nachverrechnung.

Bezugsanmeldungen richten Sie bitte an

MEDIENFABRIK GRAZ GMBH, DREIHACKENGASSE 20, 8020 GRAZ; TEL: ++43 (0316) 8095 DW 18, FAX: ++43 (0316) 8095 DW 48; E-MAIL: silvia.zierler@mfg.at

Ersatz für abgängige oder mangelhaft zugekommene Auslieferungen des Landesgesetzblattes ist binnen vier Wochen nach dem Erscheinen bei der Abonnementstelle anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden solche Reklamationen ausnahmslos als Einzelbestellungen behandelt.

Einzelbestellungen und Lagerverkauf: Einzelne Exemplare des Landesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von € 2,50 bis zu 4 Seiten zuzüglich € 0,60 für alle weiteren zwei Seiten plus Versandkosten.

Versandstelle: MEDIENFABRIK GRAZ GMBH, Dreihackengasse 20, 8020 Graz; Tel: ++43 (0316) 8095 DW 18, Fax: ++43 (0316) 8095 DW 48; E-MAIL: silvia.zierler@mfg.at

Lagerverkauf: MEDIENFABRIK GRAZ GMBH, VERLAGSSHOP, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

